

# **Titel: Zentralisierte Autorität oder lokale Autonomie? Die Umsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU in hessischen Kommunen**

**Projektname: AfD & Kommunalpolitik**

**Mitglieder: Luis F., Jan K., Niklas S.**

## **Abstract**

Im Dezember 2018 verabschiedete die CDU auf ihrem Bundesparteitag einen Unvereinbarkeitsbeschluss, demzufolge die Partei jede Form der Zusammenarbeit mit der Linken und der AfD ausschließt. Enger werdende Machtoptionen und damit verbundene innerparteiliche Debatten, allen voran die um die Wahl des kurzzeitigen thüringischen Ministerpräsidenten Kemmerich, haben die Frage aufgeworfen, welche Durchsetzungskraft solche Beschlüsse auf untergeordnete Parteiebenen haben.

Zur Beantwortung dieser Frage haben wir die Zustimmung der CDU zu Anträgen der AfD und der Linken in 18 Gemeindevertretungen der 26 hessischen Städte und Landkreise untersucht. Mithilfe deskriptiver Methoden und einer logistischen Regression wurde untersucht, ob und nach welchen Mustern die unteren Parteigliederungen sich über den Parteibeschluss hinwegsetzen.

Die Ergebnisse lassen sich als Bestätigung derjenigen Theorien (Katz und Mair 1993; Eldersveld 1966) betrachten, die eine Zentralisierung der Macht an einem Punkt der Partei negieren. So stimmte die CDU in mehr als einem Drittel der Kommunen einem Antrag einer der beiden Parteien zu. Gleichwohl lässt sich nicht von einer breiten Zusammenarbeit sprechen. So zeigen die lokalen Parteigliederungen womöglich eine generelle Sensibilität für die Einhaltung des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Sie setzen sich aber durchaus über die Vorgabe hinweg, wenn sie anderen Gründe und Eigeninteressen eine höhere Bedeutung zuschreiben. Auffällig ist, dass die ideologische Nähe keinen positiven Effekt für die Zusammenarbeit der Parteien hat. Zudem wuchs im Modell die Chance der Zusammenarbeit mit dem Anstieg des kombinierten Stimmanteils von AfD und Linke in der Gemeindevertretung. Im Angesicht stark veränderlicher Dynamiken in den Parteiensystemen der Länder ist dies ein Wegweiser, mit welchem innerparteilichen Konfliktpotential die CDU sich möglicherweise in Zukunft auseinandersetzen muss.